

Maßnahmensachstandsbericht

Maßnahmenbezeichnung

Ressortprojekt „Zentralisierung von Querschnittsaufgaben Senator für Inneres“

Maßnahmenbeschreibung

Die Querschnittsaufgaben Personal, Haushalt, Liegenschaftswesen, Organisation und IT werden derzeit in den Dienststellen im Geschäftsbereich des Senators für Inneres zum Teil dezentral wahrgenommen, was zu unterschiedlichen Qualitäts- und Effizienzstandards in der Wahrnehmung der Aufgaben führt. Dies gilt ebenfalls für kleinere Querschnittsbereiche wie die Aufgaben des behördlichen Datenschutz-, des Sucht-, des Geheimschutzbeauftragten sowie des Justiziariats, die von der senatorischen Dienststelle und den zugeordneten Dienststellen jeweils eigenständig wahrgenommen werden.

Zur Prüfung, ob und welche Aufgaben aus den jeweiligen Querschnittsbereichen zentralisiert an einer Stelle erbracht werden können und welche wirtschaftlichen und qualitativen Effekte deren teilweise oder vollständige Bündelung zur Folge hätte, wurde das Ressortprojekt „Zentralisierung von Querschnittsaufgaben“ im Rahmen des Programms „Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung“ (NdAW) aufgelegt. Dieses wird nunmehr im Rahmen des NdAW-Folgeprogramms „Zukunftsorientierte Verwaltung“ (ZOV) fortgeführt.

Durch eine Bündelung bzw. gemeinsame Erbringung von Aufgaben in fachlich und wirtschaftlich größeren Organisationseinheiten sind grundsätzlich insbesondere Qualitätssteigerungen und Synergieeffekte als auch zum Teil Einsparpotenziale in Form einer Reduzierung des eingesetzten Personals zu erwarten. Das Ausmaß dieser Effekte hängt von dem jeweiligen Querschnittsbereich und den damit verbundenen zu erzielenden Skalen- sowie Standardisierungseffekten ab. In der untenstehenden Übersicht können zunächst nur die derzeit quantifizierbaren Effekte im Teilprojekt Personal aufgeführt werden.

erwartete Haushaltsverbesserung in der Produktgruppe zum TP Personal (T€)

Anfangsjahr	2017	2018	2019	2020	GESAMT
konsumt. Mittel					
investive Mittel					
Personalbedarf	89	89	89	89	356
entspr. VZÄ ⁽¹⁾					

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen wurde beschlossen, das Teilprojekt „Personal“ neu auszurichten mit dem Ziel, die operative Personalsachbearbeitung mittelfristig an Performa Nord zu überführen. Die Systematik bei der Berechnung der zu erwartenden Einsparpotenziale wurde infolge der Neuausrichtung entsprechend angepasst. Das dargestellte Einsparpotenzial wurde kalkuliert auf Grundlage der von Performa Nord derzeitigen Servicepauschalen pro Beschäftigte/n in Relation zu den derzeitigen gemittelten Personalhauptkosten.

Aufgrund der derzeit noch nicht vorliegenden Daten ist bei der obigen Prognose der Ressourceneinsatz für die operative Personalsachbearbeitung in der Polizei Bremen nicht berücksichtigt.

Kurzbeschreibung Status (erreichter Sachstand)

Im Rahmen der Neustrukturierung der Aufgaben des Stadtamtes wurde die Abt. 1 in die Abt. 1 der senatorischen Behörde verlagert und leisten zukünftig die Querschnittsaufgaben für die Nachfolgeämter des Stadtamtes.

Teilprojekt „Datenschutz“:

Nachdem der Lenkungsausschuss (LA) im Dezember 2015 die Bündelung der Aufgaben der behördlichen Datenschutzbeauftragten beim Senator für Inneres beschlossen hat, ist Anfang 2016 ein konkreter Umsetzungsvorschlag erarbeitet und durch den LA beschlossen worden. Damit wurden die Stellen der dezentralen behördlichen Datenschutzbeauftragten von Polizei, Feuerwehr, Stadtamt, Statistischem Landesamt und dem Landesamt für Verfassungsschutz im Umfang einer Vollzeitstelle und die jeweiligen Personalbudgets (insgesamt 58.086 €) zur senatorischen Behörde verlagert. Die Arbeitsplatzkosten in Höhe von 9.650 € und die anteiligen Personalkosten für die Abwesenheitsvertretung (2.496 € für 0,05 VZE) übernimmt die senatorische Behörde.

Die operative Umsetzung (GVP, Mitbestimmungsverfahren, Stellenausschreibung, Verlagerung Personalbudget) erfolgte Mitte 2016. Die Bewerbungsgespräche finden derzeit statt, so dass eine Stellenbesetzung im 1. Quartal 2017 erwartet werden kann.

Teilprojekt „Personal“:

Im Teilprojekt „Personal“ hat der LA beschlossen, die operative Personalsachbearbeitung – beginnend mit den kleineren Dienststellen (senatorische Behörde SI, StaLa und LfV) – an Performa Nord zu verlagern. Gemeinsam mit allen Behörden und Performa Nord wurden inzwischen Vorverhandlungen geführt. Eine Verwaltungsvereinbarung zwischen der senatorischen Dienststelle SI wurde am 14.6.2016 unterzeichnet und die Personalsachbearbeitung zum 15.7. an die Performa Nord übertragen. Dies gilt auch für das Personal der Zentralabteilung des Stadtamtes, das durch die Neuordnung des Stadtamtes in die senatorische Behörde gewechselt ist.

Mit Datum zum 1.10. 2016 ist die Personalsachbearbeitung des StaLa an Performa übertragen worden.

Vor der Übernahme der Personalsachbearbeitung des LfV muss Performa Nord noch sicherheitsrelevante Umbauarbeiten abschließen. Als Übergangsdatum wird aktuell der 15.03.2017 avisiert.

Teilprojekt „Justizariat“:

Im Teilprojekt „Justizariat“ wurde die Untersuchung und Analyse anhand strukturierter Interviews mit den jeweils Verantwortlichen aller Dienststellen (Polizei, Feuerwehr, Stadtamt und StaLa) erstellt. Aufgrund der im Rahmen der Untersuchung gewonnenen Erkenntnisse wird von der Arbeitsgruppe eine ressortinterne Bündelung der Justizariatsaufgaben mit nur geringen Effekten kalkuliert, die insbesondere im Hinblick auf die nicht unerheblichen Kapazitätsverluste bei einer Strukturveränderung skeptisch gesehen werden. Hiervon wurde daher abgeraten, aber organisatorische Veränderungen in der senatorischen Behörde empfohlen. Es soll das Justizariat des Stadtamtes in die senatorische Behörde verlagert werden, um diese Aufgaben für die Nachfolgeämter im Ressortbereich Inneres zu erfüllen und in der senatori-

schen Behörde Rechtsbereiche zu abzudecken, die nicht den Fachrechten zugeordnet sind.

Teilprojekt „Suchtbeauftragte“:

Im Teilprojekt „Aufgaben der Suchtbeauftragten“ wurden auf Grundlage des entwickelten Fragebogens Interviews geführt mit den betrieblichen Suchtbeauftragten von Polizei, Feuerwehr, Stadtamt, Statistischem Landesamt, senatorische Behörde sowie Frau Pape von der Senatorin für Finanzen, die ressortübergreifend als Ansprechpartnerin für die betriebliche Suchtprävention der bremischen Verwaltung verantwortlich ist. Die Ergebnisse wurden dokumentiert und ausgewertet und mehrere Alternativvorschläge erarbeitet. Es wurde zunächst vereinbart, den gemeinschaftlichen Austausch zu verbessern.

Geplante Schritte im nächsten Berichtszeitraum

Teilprojekt „Datenschutz“:

- Stellenbesetzung des „zentralen Datenschutzbeauftragten für den Geschäftsbereich Inneres“.

Teilprojekt „Personal“:

- Übergabe der Personalsachbearbeitung des LfV im März 2017.
- Vorbereitung der Verwaltungsvereinbarung und sukzessive Übergabe der Personalsachbearbeitung für die Mitarbeiter/-innen der neu die neuen Ämter des Ressortbereichs Inneres (Migrationsamt, Ordnungsamt, Bürgeramt).
- Durchführung regelmäßiger Jour-fixes mit allen Dienststellen über den Fortgang und die Qualität der Dienstleistung durch Performa.

Teilprojekt „Justizariat“:

- Verlagerung des Justizariates des Stadtamtes in die senatorische Behörde und ggf. Ausbau mit weiteren Aufgaben, die nicht den Fachrechtsgebiete zugehörig sind.

Teilprojekt „Suchtbeauftragte“:

- Verbesserung des gemeinschaftlichen Austausches erhöhen.